

Hallo Frau Merkle, liebe Aktive des Sozialbündnisses,

anbei übersende ich meine Antworten auf Ihre Fragen.
Vielen Dank für die Fragen und für das Veröffentlichen!

Mit freundlichen Grüßen,
Katalin Gennburg

1. A 100: Was schlagen Sie vor, um die Bewohner Alt-Treptows in den Nebenstraßen vor einer „Blechlawine“ zu schützen, nachdem der Anschluss der A100 am Parkcenter fertig gestellt ist?

—> *Aus meiner Sicht kann nur ein sofortiger Baustopp alle Menschen in Alt-Treptow und darüber hinaus vor Blechlawinen schützen. Die Argumentation, dass man den angefangenen Bau folgelogisch weiterführen müsse, lehne ich entschieden ab. Es ist dringend geboten den Status des im Bau befindlichen Abschnitts festzustellen, um dann darüber zu entscheiden, wo ein Abschluss sinnvoll erfolgen kann.*

Der Autobahnbau wurde mit guten Argumenten schon mehrfach gestoppt und so findet man auch in Charlottenburg eine nicht genutzte Brücke - sozusagen als Mahnmal für diesen Irrsinn. Die autogerechte Stadt gehört in die Bücher der Stadtplanungsgeschichte und die innerstädtische Mobilität muss endlich weg vom Autoverkehr, hin zu Schienen, Fuß- und Radwegen.

2. Der Verkehr hat zugenommen und wird für alte Menschen, Fahrradfahrer und Kinder in Alt-Treptow immer gefährlicher. Sehen Sie die Notwendigkeit in diesem Ortsteil ein auf diese Gruppen abgestimmtes Verkehrskonzept zu entwickeln?

Welche Schwerpunkte setzen Sie? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

—> *Die Notwendigkeit dafür sehe ich ganz entschieden, nicht zuletzt, wenn ich über den Schulweg meines Kindes nachdenke und mir einfach kein sicherer Weg einfällt! Es braucht unbedingt ein Schulwegekonzept und gern auch Schülerlotsen. DIE LINKE setzt auf eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, des Rad- und Fußgängerverkehrs. Kinder und SeniorInnen sind als Verkehrsteilnehmende besonders gefährdet und ich habe mich bei der Erarbeitung unseres Bezirkswahlprogramms, für den Ausbau sicherer Schulwege, die auch als soziale Folgebedarfe in der wachsenden Stadt verstanden werden müssen, engagiert!*

3. Grünflächen: Steigende Einwohnerdichte und Tourismus haben zu einer deutlich höheren Nutzungsfrequenz auf unseren Grünflächen geführt. Insbesondere der Schlesische Busch und der Mauerstreifen werden extrem verschmutzt und der Pflanzenwuchs wird beschädigt. Welche Maßnahmen werden Sie vorschlagen/ unterstützen oder empfehlen neu einzuführen, um den Schutz der Grünanlagen künftig zu verstärken? Wie kann hierfür eine Finanzierung sicher gestellt werden?

—> *Zunächst einmal sind die Gründe für den mangelhaften Zustand des Stadtgrüns vielfältig. So muss es 1.) darum gehen die Grünanlagen zu erhalten und auszubauen - wir brauchen in der wachsenden Stadt und angesichts des Klimawandels MEHR Stadtgrün und zwar für alle zugänglich und in gutem Zustand. Deshalb muss es auch um die Rekommunalisierung der Grünflächen, also die Übertragung dieser an die Bezirke, gehen. Es kann nicht sein, dass immer mehr Stadtgrün an die landeseigene Grün Berlin GmbH übertragen werden und die plant nach ihren Vorstellungen und nach privatwirtschaftlichen Kriterien, ohne echte Bürgerbeteiligung. Berlin braucht außerdem ein Konzept für einen stadtverträglichen Tourismus - Bierbikes und die „Ballermannisierung“ ganzer Quartiere - also die touristische Inwertsetzung von Stadtquartieren, die Wohngegenden zweckentfremdet - brauchen strenge Grenzen. Die LINKE spricht sich für einen Stadtentwicklungsplan Tourismus für Berlin aus. Grundsätzlich gilt aber auch hier, wie in allen Bereichen: Wir brauchen eine bessere Personal- und Finanzausstattung der Bezirke durch den Senat!*

4. Durch die mittlerweile hohe Zahl an Kindern sind die vorhandenen Spielflächen nicht ausreichend. Insbesondere für Kinder ab 8 Jahren gibt es kaum ein Angebot. Halten Sie es für notwendig, neue Flächen als Spielflächen zu

gestalten? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht? Wie kann das finanziert werden?

—> *In den vergangenen Jahren wurde in allen Bezirken an den Spielplätzen gespart, umso entschiedener muss jetzt wieder investiert werden. DIE LINKE fordert ein Spielplatzprogramm, finanzierbar bspw. über SIWA-Mittel - damit Kinder in ihren Kiezen groß werden können und die Welt erkunden und begreifen lernen. Durch die vielen privaten Bauvorhaben werden auch in Treptow-Köpenick Spielplätze zunehmend in privaten Innenbereichen und Hinterhöfen, für die Öffentlichkeit nicht zugänglich, angelegt. Deshalb muss Schluss sein damit, dass private Bauherren sich von ihrem Anteil an zu errichtender sozialer Folgeinfrastruktur (Kita-Plätze, Schulplätze oder Spielplätze) freikaufen können und somit über Spielplatzabgaben schließlich noch die Bezirkskasse gefüllt wird. Private Bauvorhaben müssen eine Zugänglichkeit der Spielflächen für alle garantieren und planerisch so anlegen, dass sie auch von allen barrierefrei genutzt werden können.*

5. Wie lauten die Prognosen zum Bedarf von Kita-, Hort- und Grundschulplätzen in Alt-Treptow? Welche Maßnahmen werden ergriffen oder sind in Planung, um diesen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen unterstützen Sie?

—> *Die Kinderzahlen steigen in der gesamten Stadt an. Deshalb sind dringend zusätzliche Investitionen in Schul- und Kita-Plätze notwendig und längst überfällig. Für die Zukunft ist eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung wichtig. Hierzu muss auch die Liegenschaftspolitik des Landes so aufgestellt werden, dass landeseigene Liegenschaften für diese Bedarfe in den Bezirken vorgehalten werden. Bislang wurden solche Liegenschaften entweder versilbert oder abgerissen, um später neue zu planen oder Kinder in Containern zu unterrichten - das ist weder ökologisch, noch sozial nachhaltig! Das Schulsanierungsprogramm von CDU und SPD kommt viel zu spät aber als Wahlgewinn genau richtig... Der Umzug der Kinder in der Kieffholzgrundschule für das kommende Schuljahr ist für alle misslich. Der Ausweichstandort Willi-Sänger-Straße könnte aber ein guter Ort sein, das sehen wir nach den Ferien. Allerdings: Dass die Kinder im Ausweichquartier Willi-Sänger-Straße beschult werden und dort zeitgleich gebaut wird ist absolut inakzeptabel. Ich erwarte, dass die Baumaßnahmen dort so organisiert werden sind, dass die Kinder nicht im Baulärm das Einmaleins lernen müssen. Auch hier zeigt sich: Eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung in den Bezirken und im Land ist unabdingbar.*

6. Senioren: In unserem Kiez leben auch viele ältere und alte Menschen. Sie sind von dem Mangel an Fachärzten besonders betroffen und es werden zunehmend Pflege- und Betreuungskapazitäten erforderlich sein. Sehen Sie Möglichkeiten um auf die Gewinnung von Fachärzten Einfluss zu nehmen? Welche Vorhaben, Ideen haben Sie, die Herausforderung in der Versorgung und Pflege, die durch den demografischen Wandel entsteht, im Bezirk und im Ortsteil zu bewältigen?

—> *DIE LINKE hat sich auf des Themas älter werdende Stadt in den vergangenen Jahren angenommen und dazu einen Schwerpunkt erarbeitet, der auch Schwerpunkt des Sozialstadtrats Gernot Klemm ist. Bspw. Barrierefreiheit und Mobilität für Alte und Junge, also auch Internetmobilität(!), braucht es, denn 800.000 BerlinerInnen werden demnächst 65 Jahre und älter und 280.000 BerlinerInnen 85 Jahre und älter sein. Im Bereich Wohnungspolitik muss es insbesondere für die alten Menschen Schutz vor Verdrängung aus der angestammten Wohnung geben, denn Verdrängung kann bei alten Menschen das Leben riskieren! Ärztehäuser und die Verteilung der Ärzte flächendeckend in der Stadt muss mit den Kassen und der kassenärztlichen Vereinigung geregelt werden. Seit dem 1. Januar 2012 dürfen Arztniederlassungen nur noch verlagert werden, wenn durch den Fortzug keine Unterversorgung in dem jeweiligen Versorgungsgebiet entsteht, damit Ärzte eben nicht dahin gehen, wo die Privatpatienten wohnen. Ärztehäuser haben sich als wichtige Versorgungspunkte etabliert, diese gilt es zu erhalten und auszubauen!*

7. Das Land Berlin hat mit dem Programm Schulsozialarbeit einen wichtigen Schritt zur Förderung und Integration von bildungsbenachteiligten und bildungsschwachen Schülern/innen unternommen. Nach welchen Kriterien wird die Förderung vergeben? Welchen Einfluss haben Bezirkspolitiker auf die Vergabe von Mitteln? Werden Sie sich für die Ausweitung von Schulsozialarbeit auf weitere Grundschulen einsetzen? An welchen sehen Sie diesen Bedarf? Gibt

es im Bezirk eine Definition/Beschreibung/ Konzept über die Förderbedarfe von Schulen für Schulsozialarbeit? Wenn ja, in welchen Punkten teilen Sie es? Wenn nein, werden Sie sich für die Entwicklung eines Konzeptes einsetzen?

—> *Die Organisation der Schulen ist Aufgabe des Senats. Die Schulsozialarbeit ist ein wesentlicher Baustein der täglichen Abläufe in den Schulen und es ist richtig, dass es dafür ein Programm gibt. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass es in jeder Grundschule multiprofessionelle Teams gibt, denen SchulsozialarbeiterInnen oder SozialpädagogInnen angehören, die gut ausgebildet und gut bezahlt sind. Dabei geht es aber nicht nur darum sogenannte bildungsbenachteiligte und bildungsschwache SchülerInnen zu integrieren. Auch die sogenannten leistungsstarken SchülerInnen und alle anderen müssen Teil einer integrativen Bildung für alle sein.*

8. Welche Alternativen zur Unterstützung von lernschwachen Kindern gibt es sollen Ihrer Meinung nach an den Schulen, an denen es keine Schulsozialarbeit gibt, vorhanden sein? Welche Mittel und Maßnahmen soll der Bezirk im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung von lernschwachen und/oder verhaltensschwierigen Kindern an diesen Schulen zu Verfügung stellen? Nach welchen Kriterien sollen die Mittel/ Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die zur schulischen Förderung, auf die Bezirksregionen verteilt werden?

—> *DIE LINKE macht sich schon lange für einen Ausbau des Ganztagsbetriebs an Schulen stark. Durch Wegfall der Bedarfsprüfung sollen alle Kinder gefördert werden können, die bisher keinen Anspruch auf einen Hortplatz hatten oder diesen bürokratisch extra begründen mussten. Darüber hinaus fordert DIE LINKE zusätzliche Maßnahmen der Jugendförderung, denn Bildung hört nicht nach der Schule auf und der barrierearme Zugang zu Jugendfreizeitangeboten ist für den sozialen Zusammenhalt in den Kiezen genauso wichtig, wie für die Bildung der Kinder jenseits des Elternhauses. Der Bildungsgrad der Kinder und Jugendlichen hängt in Deutschland viel zu sehr vom Elternhaus, und hier vor allem vom Einkommen ab - das kann und muss sich ändern!*

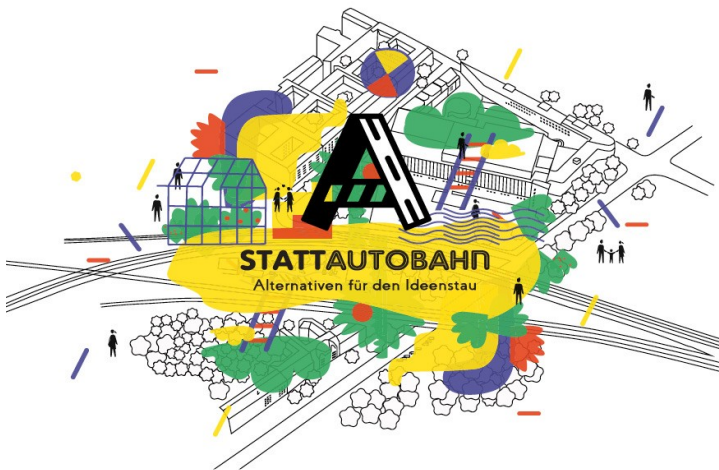
9. Wohnen: Die Erfahrungen mit dem Milieuschutz aus anderen Kiezen zeigen bisher, dass die Verwaltungen die ihnen damit in die Hand gegebenen Mittel nicht ausreichend nutzen, zum Teil auch wegen chronischer Unterbesetzung. Was werden Sie unternehmen, um die Verwaltung besser für ihre entsprechenden Aufgaben auszustatten? Zur Zeit werden trotz Umwandlungsverordnung 74% aller Anträge auf Umwandlung von Miet – in Eigentumswohnungen in den Berliner Milieuschutzgebieten genehmigt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verwaltungen künftig in den Milieuschutzgebieten die Umwandlung in Eigentumswohnungen nicht mehr genehmigen? Wenn ja, wie?

—> *Zunächst einmal ist es Ausdruck des politischen Willens bzw. Unwillens, wenn ein Bezirk die Milieuschutzverordnung nicht streng anlegt, auslegt und ahndet - das muss sich ändern! Ebenso ist es Ausdruck politischen Unwillens, wenn die Umwandlungsverordnung viel zu spät kommt und ebenfalls nicht restriktiv umgesetzt wird. Die Koalition und mit ihr Bürgermeister Müller und Stadtentwicklungssenator Geisel haben viel zu lange mit der Einführung der Umwandlungsverordnung gewartet. Das Personal fehlt nun nicht nur hier und beim Milieuschutz. Die bezirklichen Wohnungsämter wurden in den vergangenen Jahren faktisch abgeschafft und müssen nun dringend wieder gut aufgestellt werden, um die Regulierungsmöglichkeiten für eine soziale Wohnungspolitik überhaupt wahrnehmen zu können. So braucht es auch eine starke Wohnungsaufsicht und politische Entschlossenheit beim Kampf gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum, ebenso wie bei politischen Beschlüssen über neue Bauvorhaben. Der Milieuschutz kann das Milieu und den Kiez nur dann schützen, wenn alle anderen wohnungspolitischen und bauordnungsrechtlichen Instrumente zur sozialen Steuerung und Regulierung der Wohnraumversorgung ausgeschöpft werden. Wir brauchen als nächstes einen Milieuschutz in Baumschulenweg und Nord-Niederschöneweide, damit sich nicht wiederholt, was wir aus Alt-Treptow kennen: Verdängung und flächendeckende Inwertsetzung. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss auch dann verhindert werden, wenn sich EigentümerInnen zum Verkauf an die MieterInnen verpflichten. Die*

Schutzfrist für Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigung muss auf deutlich mehr als 10 Jahre verlängert werden.

- Auch eine gute Idee: Wir brauchen eine „Spekulationsbremse“, die Bodenpreissteigerungen ebenso verhindert, wie Verdrängung durch energetische Modernisierung. Hierzu braucht es eine Bundesratsinitiative, die eine Bündelung der bauordnungsrechtlichen Maßnahmen vornimmt, die Mietpreisbremse endlich sozial ausrichtet und so eine soziale Wohnraumversorgungspolitik möglich macht.

Katalin Gennburg
Kandidatin für Die LINKE. im Treptower Norden, WK 1
katalin.gennburg@die-linke-berlin.de
www.stattautobahn.berlin



Offener Ideenwettbewerb der Alternativen für den Weiterbau der
A100 in Neukölln / Treptow.

Kreative Begegnungen statt betonierter Böden, Luftschlösser
statt Schallschutzwände:

Zeig uns Deine Vision einer bürgernahen Flächennutzung der
A100 Baustelle (Abschnitt 16) bis zum

19. August 2016

Mehr Infos unter:

www.stattautobahn.berlin

[#stattautobahn](https://twitter.com/stattautobahn)